

FDP Waldeck-Frankenberg

LIBERALE STEHEN ZUR JAGD UND ZUM EIGENTUM

27.10.2015

Die Überarbeitung der Verordnung zum hessischen Jagdgesetz durch die schwarz-grüne Landesregierung und die darauf folgenden Proteste der Jägerschaft nahm die FDP Waldeck-Frankenberg zum Anlass, um sich bei einem heimischen Jagdpächter über die Auswirkung der geplanten Änderungen zu informieren.

Der Jagdpächter Hans-Herwig Peter, seit 50 Jahren Jäger und seit 30 Jahren Jagdpächter, äußert sich über die bevorstehenden Änderungen: "Grundsätzlich ist die Erneuerung der Jagdverordnung notwendig, denn die bestehenden Regelungen laufen zum Ende des Jahres aus. Die Erneuerung ist jedoch von wesentlichen Einschnitten in die Handlungsfreiheit der Jäger geprägt. So werden Jagdzeiten – insbesondere auf Prädatoren – drastisch gekürzt, was sich vermutlich schädlich auf die Artenvielfalt auswirken wird. Ebenfalls sind die Kürzungen teilweise nicht nachvollziehbar, insbesondere die Jagd auf den Fuchs im Spätwinter ist wildbiologisch absolut sinnvoll und soll zukünftig verboten sein."

Heinrich Heidel, stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP im Kreistag und Vorsitzender des Verbandes der Jagdgenossenschaften Waldeck-Frankenberg, äußert Bedenken über die schwarz-grünen Pläne: "Das Jagdrecht ist in Deutschland seit 1848 an das Eigentum gebunden. Jegliche Aushöhlung und Beschneidung ist somit ein Eingriff in die Eigentumsrechte der Grundeigentümer. Davon sind insbesondere im ländlichen Raum viele Menschen betroffen. Diese Beschneidung von Eigentum durch die Jagdverordnung wollen wir Freie Demokraten nicht hinnehmen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Jagd



auch nicht mehr Privileg für den Adel sondern der breiten Bevölkerung zugänglich".

"Als Kommunalpolitiker sehe ich häufig die wertvolle Arbeit die unsere Jägerinnen und Jäger bei Naturschutz und Hegemaßnahmen leisten", erklärt der FDP-Kreisvorsitzende Dieter Schütz. "Wir Freie Demokraten befürchten, dass die schwarz-grüne Landesregierung in Zeiten von steigenden Wildschäden mit der neuen Jagdverordnung das Pachten eines Reviers noch uninteressanter macht. Dies schlägt sich auf die Pachtpreise nieder, was am Ende dazu führt, dass die Jagdgenossenschaften weniger Geld für Landschaftspflege und Wegebau zur Verfügung haben und in diesen Bereichen die Ausgaben der Kommunen steigen. So straft die Landesregierung nicht nur die Jägerschaft, sondern auch die Kommunalpolitiker, die jeden Cent zweimal herumdrehen müssen", so Schütz.

Elias Knell, Ortsvorsitzender der FDP-Frankenberg und ebenfalls Jäger, ergänzt: "Als Liberale sind wir davon überzeugt, dass Freiheit und Verantwortung unabdingbar miteinander verbunden sind. Gerade die Jägerinnen und Jäger, die als einzige Naturschützer auch eine umfassende staatliche Prüfung ablegen, sind ein Paradebeispiel wie die Freiheit der Jagdausübung mit der Verantwortungsübernahme für heimische Tierarten und deren Lebensräume kombiniert wird. Dieses Prinzip der Eigenverantwortlichkeit muss den Jägerinnen und Jägern weiterhin zuerkannt werden!"



